

Rede
Bürgermeister Sommer
anlässlich der
Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2019
in der Ratssitzung
am 24. September 2018

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vor 10 Jahren, im Jahre 2008, habe ich in meiner Haushaltsrede bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für 2009 am 15. Dezember gesagt: “ 2008 hat uns die globale Finanz- und nunmehr Wirtschaftskrise erreicht“. Die entsprechenden Auswirkungen waren aber noch nicht im Haushaltsplanentwurf abgebildet. Umso dramatischer war es dann im Folgejahr des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2010. Dieser konnte erst am 31. Mai 2010 eingebracht werden. Wir sprachen von ‘besonderen Herausforderungen, massiven Steuerverlusten, nicht gekannten finanziellen Schieflagen, der Notwendigkeit umfangreicher Haushalts-Sicherungsmaßnahmen, einer äußerst ernsten Situation, die den Haushalt der Stadt Lippstadt in dramatischem Umfang betrifft‘ usw., usw.

Sie werden sich an diese Situation erinnern, aber auch daran, dass danach – teilweise sehr überraschend – eine allgemeine positive wirtschaftliche Entwicklung mit entsprechenden finanziellen Verbesserungen für die öffentlichen Haushalte und damit auch für unsere Stadt eintraf.

Die positive Konjunktur hat – auch wieder für viele überraschend – bis heute durchgehend angehalten. Wirtschaftswachstum und Zinstief haben für gute bis sehr

gute Einnahmen der öffentlichen Kassen gesorgt. Hierdurch, aber auch durch Haushaltsdisziplin und durch die Umsetzung des freiwilligen Haushaltssanierungsprogramms ist es in Lippstadt gelungen, die finanzielle Handlungsfähigkeit zu erhalten und Konsolidierung und Investition ausgewogen in Einklang zu bringen. Dies setzen wir mit dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2019 fort. Gleichzeitig legen wir Ihnen heute die angepasste Investitionsplanung 2025 vor.

Die Kämmerin, Frau Rodeheger, wird Ihnen gleich den Haushaltsplanentwurf 2019 in genauen Zahlen vorstellen. Lassen Sie mich zuvor noch einige grundsätzliche Ausführungen dazu machen.

Wie im Vorjahr, ist dieser Haushalt im Ergebnisplan ausgeglichen, und zwar originär ausgeglichen, also ohne die Inanspruchnahme von Rücklagen. Es wird bei einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von rd. 191,3 Mio. € ein Überschuss von rd. 153.000,00 € ausgewiesen. Auch wenn dieser Betrag im Verhältnis zum Gesamtvolumen sicherlich eher überschaubar ist, so ist es doch erfreulich, dass erneut der Haushaltsausgleich gelingt. Ich erinnere aber auch daran, dass uns dieses vor zwei Jahren für den Haushalt 2017 noch nicht einmal fiktiv, sondern nur durch Verringerung der allgemeinen Rücklage gelungen ist. Sie wissen auch, da wir das Jahresergebnis gerade an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen haben, dass für dieses Haushaltsjahr auch im Rechnungsergebnis ein Millionendefizit auszuweisen war. Ich meine damit: Es besteht kein Anlass zur Euphorie, aber zur Zuversicht.

Das Gesamtvolumen des Haushalts liegt im Ergebnisplan mit den genannten 191,3 Mio. € um gut 7 Mio. € über dem Volumen des Vorjahres. Der Finanzplan weist erneut nach dem sehr deutlichen Anstieg im Vorjahr auf eine intensive Investitionstätigkeit hin. Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit wird mit 43,3 Mio. € ausgewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

eine ganze Reihe positiver Faktoren mussten zusammenwirken, um Ihnen heute diesen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Dazu gehört – wie bereits erwähnt – die gute wirtschaftliche Entwicklung mit einem entsprechenden Steueraufkommen. Wir gehen weiter von einem sehr guten Aufkommen bei der Gewerbesteuer aus. Nominell bildet sich das im Haushalt anders ab, aber dies wird die Kämmerin gleich erläutern. Aber auch die anderen größeren Ertragspositionen wie der Anteil an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen durch das Gemeindefinanzierungsgesetz konnten gehalten bzw. sogar angehoben werden. Wir profitieren insgesamt durch die Steigerung der verteilbaren Finanzausgleichsmasse nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 sowohl bei den finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen als auch den finanzkraftunabhängigen pauschalierten Zuweisungen und Sonderbedarfszuweisungen. Neu ist hierbei die sog. Aufwands-/Unterhaltungspauschale als allgemeines Deckungsmittel zur Finanzkraft unabhängigen Stärkung der gemeindlichen Infrastruktur.

Es gibt einige positive Veränderungen und Weiterentwicklungen im diesjährigen Gemeindefinanzierungsgesetz, wie z. B. auch die Dynamisierung der Sportpauschale und die Aufstockung der Schulpauschale/Bildungspauschale. Gleichzeitig kann es uns im kreisangehörigen Raum weiterhin nicht zufriedenstellen, dass die sog. 'Einwohnerveredelung' in Form der Hauptansatzstaffel weitergeführt wird. Ohne hier in die komplizierten Tiefen der Gemeindefinanzierung einsteigen zu wollen: Durch diese Systematik werden die Einwohner größerer Städte gegenüber dem ländlichen Raum zum Teil deutlich finanziell höher gewichtet. Zumindest in der vorliegenden Form kann dies nicht richtig sein. Es gibt sicherlich auch für unsere Verbände einigen Gesprächsbedarf mit der Landesregierung, die sich hierzu allerdings sehr offen zeigt und um die Bedeutung der Kommunen weiß.

Erwähnt sei an dieser Stelle dazu die Diskussion um die Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Hier müssen die Pauschalen angehoben und dynamisiert werden. Grundlage muss die nunmehr vorliegende gemeinsame Kostenerhebung sein. Dringend notwendig ist auch eine angemessene Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge. Eine erfolgreiche Integration vor Ort kann

nur mit langfristigen und nachhaltigen Lösungen und der entsprechenden verlässlichen Finanzierung gelingen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch der Bund ist jüngst gesetzgeberisch aktiv geworden mit entsprechenden Konsequenzen für kommunale Haushalte. Mit dem 'gute –Kita-Gesetz' ist der Bund aktiv geworden, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu verbessern. Dies ist sicherlich sehr zu begrüßen. Für nachhaltige Qualitätsverbesserung muss sich der Bund allerdings dauerhaft engagieren und auch die Länder werden ihren Beitrag leisten müssen. Wir haben hier in Lippstadt in diesem Aufgabenbereich in den letzten Jahren viel erreicht. Aufgrund der wachsenden Bevölkerung muss es allerdings auch hier weitergehen. Die finanziellen Daten dazu finden Sie sowohl im Ergebnisplan vorgesehen als auch im erheblichen Umfang mit Investitionen auch für den Neubau von Kitas in diesem Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung. Die Umsetzung wird sicherlich wieder eine große Herausforderung genauso wie der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehene Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der offenen Ganztagschule. Hier fehlen uns noch die entsprechenden detaillierten Regelungen und natürlich auch die zugesagten Finanzmittel.

Kinderbetreuung sowohl im vorschulischen Bereich als auch im Primarbereich wird uns ganz sicher in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Sowohl für den konsumtiven als auch für Um- und Neubau im investiven Bereich finden Sie entsprechende Positionen im Haushaltsplanentwurf. Allerdings sind hier die Diskussionen der kommunalen Verbände mit Bund und Land als Gesetzgeber und Mitfinanzier noch längst nicht zum Abschluss gekommen. Dies ist aber umso wichtiger als sich der Rechtsanspruch wieder einmal gegen die Kommunen bzw. Träger der Jugendämter richtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor ich zu weiteren Schwerpunkten des Haushaltsplanentwurfs, insbesondere der Investitionstätigkeit, komme, auch in diesem Jahr natürlich ein paar Worte zur Kreisumlage.

Der Kreis Soest hat die Städte und Gemeinden darüber informiert, dass er den Zahlbetrag der Kreisumlage entgegen der im letzten Jahr aufgezeigten mittelfristigen Finanzplanung stabil halten will. Für die Stadt Lippstadt führt dies im Ergebnis sogar zu einer leichten Senkung des nominellen Zahlbetrages. Damit gibt der Kreis entsprechende Haushaltsverbesserungen an die ihn zum erheblichen Teil mitfinanzierenden Städte und Gemeinden weiter. Dies haben meine Kollegen und ich sehr begrüßt, zumal die allgemeine Haushaltslage nicht frei von sämtlichen Sorgen ist. Wäre es zu der im letzten Jahr angekündigten Erhöhung gekommen, so hätte auch die Stadt Lippstadt kaum einen Haushaltsausgleich originär darstellen können. Es bleibt auch der richtige Ansatz, nicht über Hebesätze, sondern über tatsächlich notwendige Zahlbeträge zu sprechen. Dies werden wir mit Vorlage des kompletten Haushalts sicherlich auch tun. Ein erster guter Schritt ist gemacht. Sorgen bereitet mir allerdings die Tatsache, dass in der mittelfristigen Finanzplanung des Kreises weiter mit einer jetzt noch deutlicheren Erhöhung in den nächsten Jahren gerechnet wird. Dies haben wir für unsere Planung nicht übernommen, sondern gehen von weiterhin stabilen Zahlbeträgen aus. Ich hoffe auch, dass dies so eintreten wird, um für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiterhin das Erreichen zu können, was wir auch mit diesem Haushaltsplanentwurf vorsehen: Keine Steuererhöhung!

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

mit diesem Haushaltsplanentwurf legen wir Ihnen auch die Fortschreibung der Investitionsplanung 2025 vor. Sie wissen, dass gerade größere Investitionen über mehrere Haushaltsjahre finanziert werden. Deshalb einige Anmerkungen hierzu und zu den Schwerpunkten.

Sie finden im Haushalt deutliche Ansätze für den Grundstückserwerb. Dahinter verbirgt sich selbstverständlich die Absicht, sowohl für die Wohnraumversorgung als auch für die Entwicklung von Gewerbeflächen ausreichend Vorsorge treffen zu können. Es besteht auch in unserer Stadt eine große Nachfrage nach Grundstücken und Wohnungen und die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum wächst weiter. Angespannte Wohnungsmärkte und wachsende Flächenkonkurrenzen sind nicht nur

in Großstädten zu Hause. Die Ansätze des gerade stattgefundenen Wohngipfels 2018 gehen da sicherlich in die richtige Richtung. Wir in Lippstadt wollen hier ebenfalls weiter aktiv sein. Die Umsetzung des Siedlungsverteilungsmodells mit Flächennutzungsplan und entsprechenden Bebauungsplänen soll zügig weiter vorangetrieben werden. Stadtweit sind wir hier an den verschiedensten Stellen unterwegs und wollen auch im kommenden Jahr hier zur Umsetzung kommen. Die Ausweisung von Bauland und die Möglichkeit zur Errichtung von Wohnungen in allen Segmenten sind der beste Weg zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Dies gelingt gerade wieder an der Boschstraße und im erheblichen Umfang im kommenden Jahr dann auch im Baugebiet 'Auf dem Rode' und an anderen Stellen in der Kernstadt und den Ortsteilen.

Neben umfangreichen Investitionen in Brandschutz und Rettungsdienst liegt ein Schwerpunkt für diesen Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzplanung erneut im Schulbereich. Nur beispielhaft erwähnt seien die Erweiterung der Nils-Stensen-Schule, der Hans-Christian-Andersen-Schule, der Sanierung der Nikolaischule, für die Umgestaltung der Schulhöfe und vieles andere. Herausstellen möchte ich auch die Ansätze in diesem Jahr und den Folgejahren für die Digitalisierung an den Schulen, hierbei auch den Breitbandanschluss, wozu wir auch einen erheblichen Landeszuschuss erwarten.

Selbstverständlich finden Sie auch die von Ihnen beschlossenen großen Investitionsvorhaben abgebildet. Stadthaus/Quartier südliche Altstadt, Sanierung Stadttheater, Stadtmuseum und Depot, Dreifachsporthalle, die beschlossenen Straßenausbauten, die Revitalisierung des Theodor-Heuss-Parks seien hier nur kurz angesprochen. Diese und viele andere Investitionsvorhaben führen zu einer Gesamtsumme an Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von fast 43,3 Mio. €. Die Stadt Lippstadt investiert damit auch im langen überjährigen Vergleich weiterhin ganz erheblich in die Zukunft. Und dieses ist auch solide finanziert.

Genauso erleben wir es von vielen heimischen Unternehmen und privaten Investoren. Die gesamte Stadt zeigt sich hier sowohl solide als auch besonnen. Ich sage dies insbesondere mit Blick auf die Berichterstattung in der Zeitung am vergangenen Samstag zur Entwicklung auf dem Postgelände. Mit diesem Inhalt kann

ich wahrlich nichts anfangen und halte sie für sachfremd. Im Sinne einer vernünftigen städtebaulichen Entwicklung und dies erst recht im engen Umfeld eines historischen Stadtkerns hat einerseits jeder Bauherr Gelegenheit, seine Ideen zu verfolgen und vorzutragen. Dies ist auch in diesem Fall so. Andererseits ist für ein solches Bauvorhaben nicht nur eine Baugenehmigung, sondern auch eine Bauleitplanung erforderlich. Die Bauidee wurde nicht nur der Verwaltung vorgetragen, sondern es bestand die Gelegenheit und wurde auch genutzt sie umfangreich und mehrfach den politischen Fraktionen zu erläutern. Es erfolgte die Darlegung mit Präsentationsmöglichkeit im Gestaltungsbeirat und geht nun den richtigen und geregelten Gang in die politischen Beratungen im Fachausschuss. Sicherlich der richtige Weg für ein groß dimensionales Bauvorhaben in sensibler Umgebungsbebauung. Darüber kann man sehr unterschiedlicher Auffassung sein und deshalb muss darüber an verschiedenen Stellen intensiv diskutiert werden. Alles andere wäre fahrlässig. Das ist verantwortungsvoll und keine 'provinzielle Abwehrhaltung'.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor Frau Rodeheger zu den Details des Haushaltes kommt, drei letzte kurze Anmerkungen:

1. Lt. KfW-Kommunalpaneel 2018 ist der Investitionsrückstand der Kommunen auf einen neuen Höchststand von 159 Mrd. € bundesweit gestiegen. Darunter machen die Schulen mit rd. 47,7 Mrd. € mittlerweile den größten Anteil aus. Diese erschreckende Nachricht trifft für Lippstadt nicht zu. Hierzu haben wir in der Vergangenheit einige Anstrengungen gemacht und der jetzt vorgelegte Haushaltsplanentwurf und die Investitionsplanung zeigen für Lippstadt etwas anderes auf.
2. Es handelt sich hier um einen ausgewogenen Haushalt, der alle pflichtigen und freiwilligen kommunalen Aufgaben berücksichtigt, natürlich Schwerpunkte setzt, aber die zukünftige Entwicklung unserer Stadt und ihr Profil als Stadt zum Wohnen, Leben und Arbeiten, sowie als kinder-, jugend- und familienfördernd auf hohem Niveau erneut betont. Stadtentwicklung,

Infrastruktur, Bildung, Kultur, Sport, Soziales und vieles andere mehr werden berücksichtigt.

3. Dies alles werden wir aber nur schaffen, wenn wir auf der anderen Seite Maß halten. Nicht alles Wünschenswerte ist auch in diesen grundsätzlich guten Zeiten machbar und finanzierbar. Das umfangreiche Maßnahmenpaket, gerade auch im investiven Bereich, das wir beschlossen haben, und das hier fortgeschrieben wird, muss auch nachhaltig finanziert werden. Die Preisentwicklungen im Tiefbau und zunehmend auch im Hochbau mit einer sehr starken Dynamik sollten uns hier vorsichtig sein lassen. Außerdem brauchen wir die Kapazitäten, um dieses ambitionierte Programm umzusetzen. Die haushaltswirtschaftliche Konsolidierung bleibt eine Daueraufgabe und über die Folgekosten unserer Beschlüsse sollten wir uns immer bewusst sein.

Es liegt also weiter viel Arbeit vor uns.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erarbeitung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs mitgearbeitet haben, für die lange und umfangreiche Arbeit bedanken.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,

wünsche ich eine interessante Lektüre dieses Haushaltsplanentwurfs in den kommenden Wochen und daran anschließende konstruktive und erfolgreiche Beratung mit Ergebnissen, die unsere Stadt nachhaltig nach vorne bringt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Das Wort hat die Kämmerin.